

Kapitalismuskritik – neue Ideen erforderlich

Kapitel 9, S. 227-248.
In: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM 2016. Europäische Union und Flüchtlingsmigration – Solidarität statt Chaos.
Köln, PapyRossa, 2016, ISBN 978-3-89438-611-5.

Wie sieht es 2016 mit der wirtschaftlichen Lage in Deutschland und in Europa aus? Und was ist für die weitere Entwicklung zu erwarten? Allen offiziellen Prognosen widersprechend, ist die Krise nach wie vor nicht überwunden. Und angesichts der zunehmenden Migration steht die Wirtschaftspolitik wie in der gesamten Europäischen Union so auch in Deutschland vor neuartigen Herausforderungen und wichtigen Weichenstellungen. Das MEMORANDUM 2016 benennt, wie die überkommenen Probleme und neuen Aufgaben bewältigt werden können. Dies erfordert eine nachhaltige, sozial-ökologisch ausgerichtete wirtschaftspolitische Strategie, die die wirklichen Krisenursachen angeht. Weitere Themen sind die Politik der EZB und Geldpolitik, Steuerpolitik und Bankenregulierung. Außerdem behandelt das MEMORANDUM dieses Jahr kritisch die Energiewende sowie die Bildungspolitik.

Die **Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik** besteht aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Universitäten, Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen und Gewerkschaften. Ihr alljährliches MEMORANDUM stellt einen Gegenentwurf zu den Jahresgutachten der »Fünf Weisen« dar. Es ist längst zu einer festen Einrichtung geworden und aus der aktuellen Debatte nicht wegzudenken.



www.papyrossa.de
ISBN 978-3-89438-611-5
EUR 17,90 [D]

9 Kapitalismuskritik – neue Ideen erforderlich

In der gesellschaftspolitischen Diskussion ist die Frage nach der Perspektive des Kapitalismus wieder in den Fokus gerückt. Deutet die anhaltende systemische Krise des modernen Kapitalismus auf seinen chronischen Niedergang hin, oder gibt es in dieser Gesellschaftsformation Potenziale zur Erneuerung? Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik *befasst sich mit dieser Problematik, weil es für die Qualität und die unterschiedlichen Arten der wirtschafts- und sozialpolitischen Alternativen sowie für die damit verbundenen Schritte und Richtungen zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse wichtig ist. Auch künftig ist ein intensiver Diskussions- und Verständigungsprozess über diese Fragen unverzichtbar.*

9.1 Untergang des Kapitalismus?

Eine weit über die Linke hinausgehende These vieler kritischer Sozial- und Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler lautet: „Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte." So stellte Wolfgang Streeck, langjähriger Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, fest: „Es wird nicht gut gehen mit dem Kapitalismus." Seine Begründung: „Was wir derzeit erleben, erscheint im Rückblick als ein kontinuierlicher Prozess schrittweisen Niedergangs, der sich zwar hinzieht, aber umso unerbittlicher durchsetzt. [...] Was in Anbetracht der jüngsten Geschichte des Kapitalismus zu erwarten steht, ist eine lange und schmerzhafte Periode kumulativen Verfalls, sich verschärfender Friktionen, zunehmender Fragilität und Ungewissheit sowie eine laufende Abfolge ‚normaler Unfälle' – nicht zwangsläufig, aber durchaus möglicherweise, von der Größenordnung der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre." (Streeck 2015b, S. 120) Streeck ist der Meinung, „dass nirgendwo eine Kraft zu sehen ist, von der eine Umkehr der drei Abwärtstrends – beim Wirtschaftswachstum,

der sozialen Gleichheit und der finanziellen Stabilität – und die Beendigung ihrer wechselseitigen Verstärkung zu erwarten wäre“ (Streeck 2015a, S. 108).

Diese Debatte über den Kapitalismus im Sterben kann nach Ansicht der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* die Analysen der weiteren Krisenentwicklung sowie die Auseinandersetzungen um Alternativen nicht ersetzen: Zum einen wird die weitere Entwicklung des Kapitalismus durch eine Zuspitzung und Ausbreitung tiefer, systemischer Krisenprozesse bestimmt, zum anderen sind die Anpassungsfähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus noch nicht erschöpft. Dies gilt es mit dem Ausarbeiten realistischer Alternativen für eine Änderung der gegenwärtigen neoliberalen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zu nutzen. Gesellschaftspolitische Alternativen müssen von einer umfassenden Analyse den Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems im 21. Jahrhundert ausgehen. Ihre Realitätstauglichkeit und Nützlichkeit wird in hohem Grade davon abhängen, inwieweit sie die gegenwärtigen Krisenprozesse und ihr Konfliktpotenzial richtig zum Ausdruck bringen.

9.2 Kurze Geschichte des modernen Kapitalismus

Die Frage nach der Zukunft des Kapitalismus hat in der Sozialwissenschaft Tradition: Durkheim, Weber, Schumpeter, Keynes sowie weit später viele andere wie Wolfgang Streeck, Immanuel Wallerstein, Slavoj Zizek, David Harvey, Axel Honneth, Stephan Schulmeister, Elmar Altvater und Jörg Huffschmid hatten sich aus unterschiedlichen Sichtweisen und mit unterschiedlichen Begründungen mit dem Ende des Kapitalismus befasst. Ein Rückblick auf diese Debatten veranschaulicht den Bogen der Argumentation: vom Ausgangspunkt entgrenzter Märkte über die finanzmarktkapitalistische Transformation und Unterordnung des Staates bis hin zur Implosion der Strukturen demokratischer Willensbildung.

Der harte Kern der langen Wende zum Neoliberalismus der zurückliegenden Jahrzehnte besteht in der weiter fortschreitenden Deregulie-

rung nicht nur der Wirtschaft, sondern zunehmend aller gesellschaftlichen Bereiche und Verhältnisse auf der Grundlage einer Verabsolutierung der Macht der Märkte. Die wichtigsten Aspekte der Veränderung: Übergang zur flexiblen Massenproduktion, Qualifikation des Arbeitskörpers, weiterer Abbau des Sozialstaats, zunehmende Polarisierung der Einkommensverteilung sowie Übergang vom Managerkapitalismus zur Herrschaft des Shareholder-Value. Diese Transformation erfolgt bei einem bemerkenswert schwachen politisch-sozialen Widerstand der betroffenen sozialen Schichten, aber mit starkem politischen Flankenschutz für den „Ausbruch des Raubtiers aus dem Käfig". Während sich die keynesianische Nachkriegsordnung allmählich auflöste, also seit das Kapital aus seinem Käfig ausgebrochen ist, haben die Staaten verschiedene Varianten der Beeinflussung ausprobiert. Es begann mit der Inflation der 1970er-Jahre, die von der Staatsverschuldung der 1980er- und 1990er-Jahre abgelöst wurde. Als diese an Grenzen stieß, wurde in vielen Ländern das private Schuldenmachen erleichtert, als Ergänzung zum staatlichen Schuldenmachen und zu den ausbleibenden Einkommenszuwächsen.

Die Verwandlung der Kapitalmärkte in Märkte für Unternehmenskontrolle trieb die Herrschaft der Vermögensbesitzerinnen und -besitzer und ihrer Verwaltungsgesellschaften voran, die von Keynes prognostizierte Selbstaufhebung der Charaktermaske des Rentiers schlägt um in eine neue Herrschaftsform des Kapitalismus. Die Explosion der Inflationsraten und die anlaufende Welle der Staatsverschuldung waren Konsequenzen einer unzureichenden Wirtschaftssteuerung und einer Umverteilungspolitik, die in der Folge das hegemoniale Politik- und Herrschaftsmuster bestimmten. Joan Robinson verwies schon Ende der 1960er-Jahre zurecht darauf, dass der Managerkapitalismus hinter dem Rücken der Akteurinnen und Akteure in ein neues Entwicklungsstadium hinübergerutscht sei (Robinson 1968). Der Nettoertrag der reifen kapitalistischen Gesellschaften gehört mehr und mehr den Aktionärinnen und Aktionären und den darauf aufbauenden Verwertungsfonds. Was technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation, Lohnarbeit und Geschäftstüchtigkeit an Vermögen schaffen, fällt einer schmalen Schicht von Rentiers in den Schoß.

Die mögliche Reformperspektive dieses reifen Kapitalismus scheitert an einem Demokratieversagen: „Versagt haben Demokratie und demokratische Politik, als sie versäumt haben, die Konterrevolution gegen den Sozialkapitalismus der Nachkriegsära als solche zu erkennen und sich ihr zu widersetzen." (Robinson 1968, S. 111)

9.3 Der „kurze Traum" von der sozialen Marktwirtschaft

Unter den Theoretikerinnen und Theoretikern der Transformation des Kapitalismus nimmt Polanyi eine herausragende Position ein (Polanyi 1944). Er erzählt die Geschichte vom Aufstieg und Niedergang der entfesselten Marktwirtschaft. Seine Analyse zielt darauf, den Kapitalismus vor dem Kapitalismus zu retten – nach seinem Niedergang oder der Zerstörung. Erst wenn die Wirtschaft wieder in das gesellschaftliche und politische Leben eingebettet werde, könne die Entfremdung der Moderne geheilt werden, stellte Polanyi fest.

In der Tat kam es nach dem Zweiten Weltkrieg in vielen kapitalistischen Ländern zeitversetzt und in national unterschiedlichen Ausprägungen zu „gemischten Wirtschaftsordnungen" mit weitreichenden Dekommodifizierungen („Zurückdrängen des Warencharakters") auf den Arbeitsmärkten, sozialem und gemeinwirtschaftlichem Wohnungsbau sowie (inter-)national regulierter Geld- und Währungspolitik, kodifiziert im Bretton-Woods-System vom Juli 1944. Für das „Golden Age" trifft Polanyis Deutung der eingehegten Marktdynamiken im fordistischen Nachkriegskapitalismus zu. Zugleich lässt sich aber die Periode seit dem Ende der 1970er Jahre als erneute Transformation deuten, in der es dann in einem längeren geschichtlichen Prozess wieder zu einer zeitlich und national differenzierten „Entbettung" kapitalistischer Marktdynamiken mit all ihren Folgewirkungen bis zur Großen Krise von 2007ff. gekommen ist.

Wenn diese jüngste Entwicklung ähnlich wie die Nachkriegsperiode unter dem Aspekt der Doppelbewegung, der sozialen Entbettung und Einbettung der kapitalistischen Marktwirtschaft und -gesellschaft analysiert und bewertet wird, ist das Ergebnis ebenfalls eindeutig. Ins-

gesamt dominiert im Kapitalismus dieser Zeit, die unter der Ägide des Neoliberalismus steht, die Bewegung in Richtung sozialer Entbettung, zunehmender Kommodifizierung und Unterordnung unter die Marktgesetze, Demokratieabbau und Deregulierung. Dabei ist für diese negative Seite der Doppelbewegung charakteristisch, dass sie sich ungeachtet ihres weitgehenden Scheiterns bei der Lösung der großen Probleme unserer Zeit ungebrochen und sogar mit zunehmender Schärfe durchsetzt – „ein Triumph gescheiterter Ideen" (Lehndorff 2014). Bisher ist auch kein Ende dieser Dominanz erkennbar. Es gibt jedoch auf einzelnen Gebieten neue Entwicklungen, wie im international-globalen Maßstab die Verringerung der Nord-Süd-Polarisierung durch die hohe wirtschaftliche Dynamik in den Schwellenländern, insbesondere in den BRICS-Staaten, und im nationalen Maßstab einzelner Staaten, wie in Deutschland, die Einführung von Mindestlöhnen, die Berücksichtigung der Erziehungszeiten bei der Rentenberechnung, steigende Reallöhne in den vergangenen Jahren sowie Schritte einer gewissen Finanzmarktregulierung. Diese positiven Aspekte haben jedoch bis heute nichts an der bestimmenden negativen Grundtendenz der Doppelbewegung geändert. Diese Grundtendenz äußert sich in mehreren krisenhaften Prozessen und Zusammenhängen, die die Grundprobleme des gegenwärtigen Kapitalismus kennzeichnen und aus denen Konsequenzen für notwendige und mögliche Alternativen für eine Transformation des Kapitalismus abgeleitet werden können und auch müssen.

9.4 Super-Gau Europas und „Lob der Abwertung"?

Viele Jahre nach dem Ausbruch der großen Krise 2007ff. sind alle europäischen Länder von einem „normalen" Akkumulationsrhythmus weit entfernt. Sie driften ökonomisch und politisch weiter auseinander. Nicht zuletzt wegen der politisch-sozialen Verwerfungen in den Krisen-Kernländern kann ein Super-Gau nicht ausgeschlossen werden, d.h. eine Kettenreaktion in der Zerstörung der Integrationsstrukturen der Europäischen Union.

Das Zauberwort der von den Eliten angestrebten Krisenlösung heißt

„Strukturreformen". Aber was bedeutet Strukturpolitik, nachdem unter der Hegemonie des Finanzmarktkapitalismus der Akkumulationsprozess – vor allem in den USA, aber auch in Großbritannien und etlichen kleineren Ländern – weg von der industriellen Produktion hin zu einer Expansion des Bauwesens sowie von Finanzdienstleistungen gelenkt worden war – mit dem bösen Erwachen der politischen und wirtschaftlichen Eliten Europas angesichts der fortgeschrittenen Deindustrialisierung?

Einige Kritikerinnen und Kritiker des europäischen Kapitalismus flüchten zum Lob der nationalen Währungen. Sie ahnen zugleich, dass im Zeitalter eines reifen Kapitalismus – am Ende von Mangelwirtschaft und angesichts einer enormen globalen Ersparnisschwemme (Überschuss an Geldkapital) – die Möglichkeiten eines Abwertungswettlaufes begrenzt sind. Eine zukunftsfähige Alternative liegt vielmehr in der strukturpolitischen Gestaltung der Binnenökonomien, was freilich Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse, ein anderes gesellschaftliches Arbeitsregime und eine demokratische Wirtschaftssteuerung einschließt.

Die dominierende Politik mit Schuldenbremse, Fiskalpakt und Austeritätspolitik manövriert Europa immer stärker in eine Sackgasse. Es gibt realisierbare Alternativen zu diesem gescheiterten Kurs. Aber die Bedingung für den Politikwechsel ist eine Aussetzung der Austeritätspolitik und die umfassende Einbettung von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Reformansätzen in eine breite Bürgerbeteiligung. Die häufig geforderte Renationalisierung der Wirtschafts- und Geldpolitik würde es den Peripherieländern zwar gestatten, ihre Währungen abzuwerten, doch hätten sie es danach umso schwerer, neue Felder der Produktion zu etablieren und ihre Euro-Schulden zu bedienen. Die Abhängigkeit von den internationalen Kapitalmärkten würde sich verfestigen. Die äußere Abwertung ist kein Patentrezept zur raschen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Schließlich würden die Turbulenzen auf den Finanzmärkten auch für die Mitgliedsländer einen unkalkulierbaren Dominoeffekt auslösen. Auch hier wäre eine Strategie gegen Europas interne Ungleichgewichte und Deutschlands enormen Leistungsbilanzüberschuss sinnvoller. Die Alternative zum Wettlauf um

Wettbewerbsvorteile ist eine Verständigung auf eine zwischenstaatliche wirtschaftliche Arbeitsteilung und eine Industriepolitik, die in den Volkswirtschaften der Peripherie der Europäischen Union die Produktivität und den Export fördert.

Im Unterschied zur Nachkriegskonstellation findet sich heute im bürgerlichen Lager kein trag- oder gar zukunftsfähiges gesellschaftspolitisches Projekt einer Krisenlösung. Das wäre aber die Nagelprobe für das „Kritische" an sozialwissenschaftlicher Zeitdiagnose.

Insgesamt zeigen die Parteien des „bürgerlichen Lagers" und der europäischen Sozialdemokratie, die bis dahin die Machtverhältnisse geprägt haben, Symptome konzeptioneller Schwäche, Hilflosigkeit bei der Mängelverwaltung und ein Amalgam von Bereicherungstrieb und offenkundiger Korruption. Parteiapparate erweisen sich als geschlossene Systeme mit verbrauchten Figuren, die angesichts wachsender sozialer Spaltungen den Kontakt mit der gesellschaftlichen Basis verlieren. Beide Parteienfamilien haben kaum überzeugende Antworten auf die schwache wirtschaftliche Dynamik, die wachsende Kluft in den Verteilungsverhältnissen und den Niedergang der öffentlichen Infrastruktur.

Passend zur vorherrschenden Stimmung von Zukunftsangst, Missmut und Unlust ist eine zunehmende Zahl von Wählerinnen und Wählern, die bereit sind, den Rechtspopulisten eine Chance zu geben, zumal wenn diese bei aller Radikalität auch ihre Differenz zu Faschismus und Rechtsextremismus herausstellen.

Die bestimmenden Themen der politische Diskussion sind: Wirtschaftsflaute, Arbeitslosigkeit, zunehmende Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung, Fortbestehen von frauendiskriminierenden gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsverhältnissen, insgesamt eine offenkundige Vertiefung aller Phänomene der sozialen Spaltung. Für den chronischen Niedergang des sozialen Status der gesellschaftlichen Mittellagen werden vor allem die Unfähigkeit der Eliten, die unzureichenden Regelungen für eine europäische Zusammenarbeit sowie die Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge verantwortlich gemacht. Insbesondere Europaskepsis, Elitenfeindschaft und Islamfeindlichkeit sind aktuell eine explosive Mischung, auf die rechtspopulistischen Par-

teien in Europa bauen. Ihre politischen Ziele reichen vom Wunsch nach „Ordnung“, „Autorität“ und „Identität“ über die Agitation gegen Minderheiten wie Sinti und Roma bis hin zur Forderung, ein „weißes Europa“ ohne „jüdischen Einfluss“ zu schaffen. Vor allem mit den anwachsenden Fluchtbewegungen nach Europa verstärken sich diese Tendenzen.

9.5 Systemische Krise im gegenwärtigen Kapitalismus

Die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus – im globalen Maßstab als Weltkapitalismus, im Maßstab der Europäischen Union und der Eurozone als Eurokapitalismus sowie auch als nationale Kapitalismen in den jeweiligen kapitalistischen Staaten – ist durch tiefe krisenhafte Prozesse und Konflikte gekennzeichnet, die zu grundlegenden Funktionsstörungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess führen. Diese beziehen sich vor allem auf die Schwächung, Untergrabung und teilweise Zerstörung der Bedingungen für die Fortführung einer dynamischen gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, die auf die Befriedigung der grundlegenden Lebensbedürfnisse der Menschen, auf soziale Sicherheit sowie auf lebenswerte und zukunftsfähige natürliche Umweltbedingungen gerichtet sind.

Die Möglichkeiten einer progressiven Lösung der hiermit verbundenen Probleme, Konflikte und Widersprüche im Interesse der Menschen nehmen im Kapitalismus in der Grundtendenz ab. Dies ist vor allem auf die weltweite Durchsetzung des Finanzmarktkapitalismus und die Dominanz des Neoliberalismus in der nationalen, europäischen und globalen Wirtschaftspolitik zurückzuführen.

Der Finanzmarktkapitalismus ist gekennzeichnet durch die zunehmende Finanzialisierung der gesellschaftlichen Beziehungen, eine rasante Ausweitung der finanziellen Bereiche und Institutionen im Verhältnis zu den produzierenden Bereichen und eine sprunghafte Zunahme der Finanzvermögen im Verhältnis zu den Vermögen in den produzierenden und dienstleistenden Bereichen sowie der Infrastruktur. Damit verbunden sind eine starke Expansion der Finanzmärkte

gegenüber der Realwirtschaft und eine Vergrößerung des überschüssigen Geldvermögens. Das anlagesuchende Geldkapital findet keine Investitionsfelder zu gegebenen Renditeerwartungen, was zu rasant steigenden spekulativen Finanzströmen im globalen Maßstab führt. Das Akkumulationsregime verhindert, dass die erforderlichen größeren materiellen, finanziellen und Arbeitsressourcen dafür eingesetzt werden, Wohlstand und soziale Sicherheit für alle zu erhöhen und die ökologische Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft zu ermöglichen. Das Überangebot an disponiblem Geldkapital drückt die Zinsraten nach unten; trotz günstiger Kredite bleiben die privatkapitalistischen wie öffentlichen Investitionsraten unzulänglich. Das schwache Wirtschaftswachstum, die sich verschärfende soziale Ungleichheit und internationale Standortkonkurrenz sowie die für den Erhalt und die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Kapitalstocks unzureichenden Investitionen schlagen sich in hohen Schuldenständen nieder (Staatsschulden, Unternehmensschulden, Schulden privater Haushalte). Laut Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) für die kapitalistischen Hauptländer sind diese Schulden im Jahr 2014 auf 279 Prozent des BIP angestiegen. Niedrige Zinsen begünstigen eine Schuldenfalle, die wiederum durch eine staatliche Austeritätspolitik bekämpft wird, die soziale Sicherheit und öffentliche Zukunftsinvestitionen untergräbt.

Die zunehmende Durchsetzung des Neoliberalismus als dominante Wirtschaftideologie und vor allem als bestimmende Wirtschaftspolitik führt zu weiteren Deregulierungen, weiterer Privatisierung von öffentlichem Eigentum und weiterer Austeritätspolitik zulasten von sozialer Sicherheit, Armutsbekämpfung und öffentlicher Daseinsvorsorge. Hierdurch werden die Kaufkraft und der Binnenmarkt sowie die davon abhängige Wirtschaftsdynamik geschwächt.

Eine lebenswerte Zukunft der Menschheit wird insbesondere durch folgende Funktionsstörungen des Kapitalismus untergraben:

1. Zunehmende Polarisierung in der Verteilung der Einkommen und Vermögen – wachsende Armut und Konzentration des Reichtums beim reichsten Prozent der Bevölkerung – sowohl innerhalb der Nationalstaaten als auch weitgehend global. Es gab hier aber auch

Gegentendenzen. So hat es in den vergangenen Jahrzehnten Wohlstandsgewinne für größere Teile der Weltbevölkerung in Schwellen- und Entwicklungsländern gegeben. Die absolute Anzahl der Menschen, die weltweit unter der Armutsgrenze leben, ist zurückgegangen. Fortschritte gab es bei der Bekämpfung verheerender Krankheiten und bei der Einschränkung des Analphabetentums. Die erreichten Ergebnisse haben jedoch bei Weitem die von der UN festgelegten Millenniumsziele verfehlt.
2. Schwächung der öffentlichen Sphäre durch Unterfinanzierung und Privatisierung öffentlichen Eigentums.
3. Verbreitete Korruption und Wirtschaftskriminalität, zunehmende Ballung ökonomischer und politischer Macht sowie erhöhter Einfluss des Lobbyismus.
4. Zunehmende internationale Anarchie und Konflikte, Standortwettbewerb und Kampf um ökonomische und politische Vorherrschaft.

Zu den Funktionsstörungen des gegenwärtigen Kapitalismus müssten noch weitere Erscheinungen und Prozesse gezählt werden:

- Die von Marx untersuchte Entfremdung der Arbeit – eine grundlegende Eigenschaft der dem Kapitalverhältnis unterworfenen lebendigen Arbeit und der Aneignung des Mehrwerts durch den Kapitalisten (vgl. Marx/Engels 1968, S. 514f.) – prägt sich im gegenwärtigen Kapitalismus stärker und umfassender aus. Die Arbeitsintensität und die Flexibilisierung der Arbeit nehmen zu. Letztere ist für viele abhängig Beschäftigte mit der Forderung verbunden, rund um die Uhr verfügbar zu sein. Die Digitalisierung übt ambivalente Wirkungen auf die Arbeit aus und führt unter kapitalistischen Bedingungen neben positiven Möglichkeiten für eine stärkere Selbstbestimmung zu neuen Erscheinungen der Entfremdung der Arbeit.
- Die weitere Prekarisierung der Arbeit und des Lebens sowie die vorherrschende Ungewissheit und die Angst vor der Zukunft untergraben die Bedingungen für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und eine breite demokratische Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Leben. Dies führt zur Aushöhlung der Demokratie, nicht zuletzt eines ihrer Hauptfelder, der Wirtschaftsdemokratie.

- Die Einwirkung der Menschen auf die Naturverhältnisse unterliegt den verhängnisvollen Wirkungen des Profitstrebens und den spontanen Marktkräften. Ungeachtet ständiger Warnungen vor einer drohende Klimakatastrophe und zahlreicher internationaler, unter der Schirmherrschaft der UN stehender Konferenzen, um diese Gefahren einzudämmen, sind die bisher erzielten Ergebnisse unbefriedigend und bleiben weit hinter den notwendigen Schritten zurück. Für das Erreichen der Ziele ist das Ergebnis der Weltklimakonferenz Ende 2015 in Paris, dem alle 195 teilnehmenden Staaten zugestimmt haben, ein historisch wichtiger Schritt, auch wenn die eigentliche Arbeit der praktischen Umsetzung der Festlegungen noch bevorsteht. Dies betrifft natürlich auch die anderen Umweltprobleme, wie die verschiedenen Formen des Raubbaus an der Natur, die Verringerung der Biodiversität und die gravierende Umweltverschmutzung. Die Bedeutung der Vereinbarung von Paris besteht für die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* auch in dem Beweis, dass eine Verständigung über zukunftsentscheidende Fragen ungeachtet der vorhandenen tiefen Interessengegensätze der Teilnehmerstaaten möglich ist.
- Die EU und besonders die Eurozone sind zunehmend durch schwere und permanente krisenhafte Erschütterungen gekennzeichnet. Bisher bestehen kaum realistische Aussichten, diese Probleme in absehbarer Zeit zu lösen.

Diese Tendenzen, Widersprüche und Konflikte, die die Entwicklung des Kapitalismus im 21. Jahrhundert charakterisieren, machen deutlich, dass es sich hierbei dem Wesen nach nicht nur um konjunkturelle Krisen, krisenhafte Prozesse, Konflikte und Widersprüche in einzelnen Bereichen oder in einigen gesellschaftlichen Beziehungen handelt. Sie sind vielmehr Ausdruck einer systemischen Krise des Kapitalismus, die einen umfassenden Charakter hat und faktisch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens einbezieht. Sie spiegeln die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise unter den veränderten Bedingungen des 21. Jahrhunderts wider. Dies betrifft vor allem den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit sowie die ökonomischen und

politischen Machtverhältnisse, insbesondere die weitere Konzentration der ökonomischen Macht bei den großen Konzernen und Banken, nicht zuletzt bei den transnationalen Großunternehmen und den internationalen Finanzmärkten, sowie deren bestimmenden Einfluss auf die Politik.

Daraus erwachsen Anforderungen an eine alternative Wirtschaftspolitik, die sich nicht mit der einen oder anderen Modifizierung der vorgefundenen Verhältnisse begnügt, sondern den Weg zur faktischen Überwindung dieser überholten Verhältnisse sucht.

Diese Prozesse und Zusammenhänge des modernen Kapitalismus sind für die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* vor allem deshalb wichtig, weil sie eine gemeinsame Grundlage für alternative Wirtschaftspolitik bilden, die an diese zu stellenden Anforderungen in hohem Maße beeinflussen, die Verflechtungen zwischen den Alternativen auf den verschiedenen Politikfeldern deutlich machen sowie die Realisierungschancen der vorgeschlagenen Alternativen weitgehend bestimmen.

9.6 Die Transformation des Kapitalismus – eine Herausforderung des 21. Jahrhunderts

Aus der Analyse der Widersprüche und Krisenprozesse des gegenwärtigen Kapitalismus ergeben sich die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit seiner tiefgreifenden und umfassenden Transformation. Polanyi begründet in seinem Buch „The Great Transformation“ zwei mögliche Antworten auf die Systemkrise des Kapitalismus: die faschistische/diktatorische oder autoritäre, undemokratische Sicherung der Kapitalherrschaft als die eine Alternative und die sozialistische Überwindung der Marktgesellschaft als die andere, entgegengesetzte Alternative (Polanyi 1978).

Im Vordergrund steht im Folgenden die progressive Alternative zur Lösung der Systemkrise des modernen Kapitalismus. Es muss jedoch beachtet werden, dass aus dem zunehmenden Einfluss des Rechtspopulismus und dem Erstarken rechtsextremer Parteien in vielen Län-

dern Europas beträchtliche Gefahren für eine autoritäre, antidemokratische Alternative erwachsen.

Die Transformation in eine alternative Gesellschaft zum Kapitalismus ist eine unverzichtbare Bedingung, um den sozialen Zusammenhalt zu erhalten, die Lebens- und Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft zu ermöglichen, um Demokatie, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit umfassend zu realisieren und die Bedingungen für eine freie, individuelle Entwicklung aller Menschen zu schaffen. Eine solche Transformation des Kapitalismus wird sich nach allen vorliegenden Erfahrungen nur als offener Prozess vollziehen können.

Gesellschaftliche Transformation ist mehr als ein Bündel einzelner Reformen oder Wandlungsprozesse. Transformation kann als ein besonderer Typ des gesellschaftlichen Wandels bezeichnet werden (Reißig 2015, S. 20), der erstens auf eine komplexe Verwirklichung mehrerer miteinander verflochtener Reformen gerichtet ist und der zweitens nicht eine einfache Fortsetzung vorhandener Trends oder lediglich ihre Modifikation bedeutet, sondern einen Pfad- oder Paradigmenwechsel erfordert. Drittens verlangt ein solcher Wandel ein eingreifendes, bewusstes Handeln von Akteurinnen und Akteuren und hierdurch bewirkte Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Viertens muss er zukunftsorientiert sein – nicht als Verwirklichung eines schon feststehenden Modells oder Masterplans, sondern im Sinne von Visionen oder Vorstellungen, die auf bestimmten Zielen und entsprechenden Leitbildern beruhen. Deren Verwirklichung ist möglich sowohl als eine ständige Suche nach geeigneten Wegen einer Transformation als auch als ständiger Kampf gesellschaftlicher Akteure um ihre Durchsetzung.

Für eine erfolgreiche Transformation ist es unerlässlich, die hierzu vorliegenden vielfältigen positiven und negativen Erfahrungen auszuwerten. Eine Transformation zu einer alternativen Gesellschaft zum Kapitalismus wird eine historisch lange Zeitspanne umfassen und sich nicht als gewaltsame und kurzfristige Veränderung der Eigentums- und politischen Machtverhältnisse vollziehen (Klein 2013).

Die progressive Veränderung muss beginnen mit Alternativen im Kapitalismus. Diese sollten insbesondere dazu beitragen, die Ungleich-

heit in der Einkommens- und Vermögensverteilung einzuschränken, die Massenarbeitslosigkeit abzubauen und Schritte in Richtung guter Arbeit zu gehen, die die Entfremdung der Arbeit einschränken. Sie müssten weiterhin darauf gerichtet sein, die Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeit und auf allen Gebieten des Lebens herzustellen und sämtliche Formen der Diskriminierung zu überwinden, Bedingungen für eine demokratischer Teilhabe der Menschen an den Entscheidungen zu schaffen, die neoliberale Austeritäts-, Deregulierungs- und Privatisierungspolitik zurückzudrängen und die finanziellen Grundlagen für einen sozialpolitisch und ökologisch handlungsfähigen Staat zu sichern. Schließlich gilt es, die krisenfördernden, unsozialen und undemokratischen Strukturen und Regeln der Europäischen Union und der Währungsunion zu überwinden, die Nord-Süd-Polarisierung zu vermindern und Kriegsgefahren einzudämmen.

Diese im Kapitalismus einsetzende Transformation stützt sich auf vielfältige Reformen in zahlreichen Politikbereichen. Viele von ihnen wurden in den vorstehenden Kapiteln dieses Memorandums sowie in den Memoranden der vergangenen Jahre behandelt (vgl. hierzu die zusammenfassende Darstellung in: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2015, S. 75–105). Die Transformation darf aber bei diesen Reformen nicht stehen bleiben. Sie müsste über den Kapitalismus hinaus fortgeführt werden und die Herausbildung einer alternativen Gesellschaft und Produktionsweise zum Kapitalismus zum Ziel haben. Eine solche Transformation ginge in ihrer Konsequenz über die Bewegungen zur Zurückdrängung der bis heute dominierenden Vermarktlichung aller Lebensbereiche hinaus. Sie würde die Überwindung der kapitalistischen Marktdominanz und der Marktgesellschaft verlangen – nicht jedoch des Markts –, als notwendige Bedingung, damit auch die grundlegenden Widersprüche, Konflikte und negativen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus überwunden werden können.

Für die Entwicklung von Strategien zur Transformation des Kapitalismus muss beachtet werden, dass der Kapitalismus in Europa und in der Welt in unterschiedlichen Varianten bzw. Ausprägungen existiert. Die verschiedenen „Kapitalismen“ hängen von vielfältigen Faktoren ab, die hier nicht weiter dargelegt werden können (vgl. hierzu die Ergän-

zung dieses Kapitels auf der Website der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*).

9.7 Wie könnte sich eine Transformation vollziehen?

Bisher gibt es noch keine Beispiele einer attraktiven und lebensfähigen Systemalternative zum Kapitalismus. Auf einzelnen Gebieten gibt es jedoch auch nach dem Scheitern des Realsozialismus Elemente von Alternativen zur kapitalistischen Produktion, wie z.B. alternative Wirtschaftsformen in Richtung gemeinwohlorientierter Solidarökonomie, kommunaler Wirtschaftsformen und Genossenschaften.

Die Menschen befinden sich ständig im Widerspruch zwischen der krisenhaften Entwicklung aller wichtigen Seiten des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses im heutigen Kapitalismus sowie dem Versagen der neoliberalen Ideologie bei der Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit einerseits und der Anpassungs- und auch Ausbreitungsfähigkeit des Kapitalismus sowie der Hegemonie des Neoliberalismus, die mit der Schwäche der linken Bewegungen in den meisten Ländern zusammenfällt, andererseits.

Mögliche Erfolge von Transformationsprozessen setzen vor allem voraus, dass die Subjekte bzw. Akteure und ihre gegenseitige Kooperation sich so entwickeln, dass sie in der Lage sind, notwendige Veränderungen gegen den erbitterten Widerstand der ökonomisch und politisch Herrschenden in langwierigen, schwierigen Kämpfen durchzusetzen. Hierzu gehören auch Schritte zu einem Paradigmenwechsel im Bewusstsein und Denken der Mehrheit der Menschen, weg von der verbreiteten Akzeptanz der Profitorientierung, hin zu einer Denkweise, die das Wohl des Menschen als Sinn des Wirtschaftens begreift.

Die Gewerkschaften entwickelten sich in der Nachkriegszeit zum wesentlichen Faktor der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen, des Soziallohns und des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur. Nach dem Zweiten Weltkrieg bauten alle entwickelten Industriestaaten ihre Steuerungs- und Sozialversicherungssysteme aus. Natürlich gab es nationale Unterschiede, aber die allgemeine Entwicklungsrichtung war

in den kapitalistischen Ländern ähnlich. Die Wirtschaftsentwicklung sollte politisch kontrollierbar sein, unliebsame Marktergebnisse sollten nachträglich korrigiert werden. Aktive makroökonomische Steuerung und sozialpolitische Umverteilung erweiterten das Kerngeschäft der Gewerkschaften. Was nicht in direkten Verhandlungen mit der Kapitalseite geregelt werden konnte, erfolgte über die Legislative. In der Wortschöpfung „Keynesianischer Wohlfahrtsstaat“ kam dies plastisch zum Ausdruck.

Trotz ihrer Anstrengungen konnten es die Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten nicht verhindern, dass sich die Verteilungsverhältnisse immer stärker zugunsten der Unternehmer- und Vermögenseinkommen verschoben haben. Sie verloren zunehmend an Durchsetzungskraft. Seit Jahren haben sie einen deutlichen Mitgliederschwund zu verzeichnen. Der Niedergang der Gewerkschaften als Mitgliederorganisation ist kennzeichnend für die meisten kapitalistischen Staaten. Er schlägt sich in einer mehr oder minder deutlichen Erosion des Tarifvertragssystems und einer schleichenden Aushöhlung der Tarifautonomie nieder. Der Abbau von Arbeitnehmerrechten, die Ausweitung von ungeschützten, prekären Beschäftigungsverhältnissen und der Rückbau im Bereich der sozialen Sicherung (Lohnersatzzahlungen, Soziallohn) fassen sich letztlich in einer Tendenz der Senkung des allgemeinen Reallohnniveaus zusammen.

Nach Streek u.a. ist der Kapitalismus auf Gegenkräfte wie die Gewerkschaften angewiesen, die ihn davor bewahren, gewissermaßen an sich selbst zu zerbrechen (Streeck 2015a, S. 111). Gerade im modernen, finanzgetriebenen Kapitalismus bedarf es einer starken Interessenvertretung aufseiten der Arbeit. Das zeigen die tagtäglichen Konflikte. Die Organisationsformen und -inhalte haben sich für die tarifvertraglich regulierte Erwerbsarbeit in den vergangenen Jahrzehnten stark geändert. Parallel haben die ungeschützten oder prekären Beschäftigungsverhältnisse ein beträchtliches Gewicht an der gesamtgesellschaftlichen Erwerbsarbeit erhalten. Große Bevölkerungsschichten werden aus dem Prozess der marktvermittelten Kapitalverwertung und Produktion ausgegrenzt oder zum Teil in Erwerbsverhältnisse gezwungen, die objektiv die Funktion des Sozialdumpings gegenüber den „Normalarbeitsver-

hältnissen" erfüllen. Eine entschiedene Interessenvertretung der wirklichen Produzenten in der gesellschaftlichen Wertschöpfung ist unverzichtbar. Ohne Gegenwehr wäre die Ausbreitung von ungeschützten, prekären Beschäftigungsverhältnissen, die immer unverschämter geforderte Arbeitszeitverlängerung und die Verschlechterung der Arbeits- und Qualifikationsbedingungen die dominierende Tendenz. Gewerkschaften müssen sich immer stärker mit sozialer Sicherheit und deren Gefährdung – Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit – befassen.

Stärker als in den Nachkriegsjahrzehnten wird deutlich: Die Gewerkschaften dürfen sich nicht in einem alltäglichen Kleinkrieg mit dem Kapital verlieren. Die politische Ökonomie der Lohnarbeit zielt nicht nur auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten. Eine gerechte Aufteilung des erwirtschafteten gesellschaftlichen Produkts und damit auch der Verteilung der verfügbaren Zeit der Gesellschaft ist an eine Veränderung der Machtverhältnisse in der Wirtschaft, d.h. in den Unternehmen und in der gesamten gesellschaftlichen Ökonomie, gebunden. Das Ziel kann nur sein: die ökonomische Emanzipation der Lohnabhängigen durch die Veränderung der politischen und ökonomischen Machtverhältnisse. Es geht um eine Alternative, die auf einer umfassenden Demokratisierung des gesellschaftlichen Lebens, auf der Einheit und Gleichzeitigkeit von Freiheit und sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit beruht, die darauf gerichtet ist, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern und dies mit einem nachhaltigen, zukunftsfähigen sozial-ökologischen Umbau zu verbinden.

„Als Alternative zu der vorherrschenden einseitigen Machtkultur der Unternehmenseigner und angestellten Manager [...] wird [...] die Forderung nach einer *demokratisierten und partizipativen Unternehmenskultur* erhoben." (Bontrup 2013a, S. 27) Gegen die Ausbreitung des autoritären Kapitalismus könnte sich die Stärkung der Wirtschaftsdemokratie als eine die eigenen Kräfte mobilisierende Alternative erweisen, um die höhere Autonomie der Beschäftigten für die Durchsetzung solcher Arbeitsbedingungen zu nutzen, die ein gutes Leben ermöglichen. Bei diesen Kämpfen um soziale Gleichheit, Emanzipation und Demokratisierung kommt der realen Gleichberechtigung und Gleich-

stellung der Frauen in der Gesellschaft eine entscheidende Rolle zu. Ihre Realisierung setzt vielfältige und tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft und in den individuellen Lebensverhältnissen voraus. Hierzu gehören: Überwindung der alten, die Frauen diskriminierenden Arbeitsteilung und Verteilung der Arbeit auf Frauen und Männer in den Bereichen Erwerbsarbeit, Familien- und Carearbeit, ehrenamtliche Arbeit und Freizeit; Aufwertung der sozialen Reproduktion als gleichwertiger, gesellschaftlich und ökonomisch ebenso relevanter Bereich wie die marktvermittelte Erwerbsarbeit; höhere Anteile der Frauen in leitenden Tätigkeiten entsprechend der erworbenen Qualifikation; Überwindung diskriminierender Lohnunterschiede u.a. durch eine höhere Bewertung der Arbeit in den Bereichen der sozialen Dienste; zielgerichteter Ausbau der Bereiche der sozialen Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge; Verkürzung der Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich.

Für die Kämpfe um die Verwirklichung von Alternativen muss davon ausgegangen werden, dass es nicht das historische Subjekt als Träger dieser Auseinandersetzungen gibt. Der Kreis potenzieller Akteurinnen und Akteure, die sich für Veränderungen der herrschenden Politik und der dazu geschaffenen Institutionen einsetzen, ist größer und vielfältiger geworden. Die Akteurinnen und Akteure beteiligen sich an den Kämpfen als Individuen und zugleich als Teile von sozialen und politischen Bewegungen, wie Gewerkschaften, Bewegungen für die Emanzipation und Gleichstellung der Frauen sowie zur Überwindung aller Arten der Diskriminierung, von jungen Menschen, zunehmend untereinander in sozialen Netzwerken digital vernetzt, von Friedensbewegungen, Umweltverbänden, Bewegungen für Solidarität mit Entwicklungsländern und politischen Parteien. Dabei nehmen die Anforderungen zu, ein wirksames Zusammengehen von Akteurinnen und Akteuren sowie Akteursgruppen – mithin neue Akteurskonstellationen – herauszubilden, um die Zersplitterungstendenzen der Akteurinnen und Akteure zu überwinden und damit die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu erhöhen. Dies gilt in hohem Maße auch für die notwendige internationale Verflechtung von Akteurinnen und Akteuren, sozialen Bewegungen und progressiven Parteien verschiedener Länder.

Um die Ziele und Leitbilder einer alternativen Gesellschaft zum Kapitalismus zu erreichen, sind viele gesellschaftliche Veränderungen notwendig. Unter ihnen gibt es einige Grundbedingungen, die unerlässlich für die Realisierung dieser Ziele und Leitbilder sind, die überhaupt erst die Spiel- und Handlungsräume für deren Verwirklichung schaffen, ohne die eine alternative Gesellschaft zum Kapitalismus nur ein Wunschtraum bleibt. Zu diesen grundlegenden Bedingungen einer entwicklungs- und lebensfähigen Alternative zum Kapitalismus, die hier nur sehr grob und knapp skizziert werden (vgl. die ausführlichere Darstellung dieses Kapitels auf der Website der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik*), gehören insbesondere:

- Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der von ihnen weitgehend bestimmten ökonomischen und politischen Machtverhältnisse. Dies muss die Grundlage für eine umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Sphären auf den verschiedenen Ebenen sein, global, in der Europäischen Union/Eurozone, gesamtstaatlich, regional in den Ländern und Kommunen sowie in den Unternehmen. Es gilt insbesondere, die reale Partizipation der Beschäftigten an den Entscheidungen zur Entwicklung von Produktionsstrukturen und Investitionen zu erreichen.
- Die Herausbildung und Durchsetzung einer neuen Regulierungsweise der Wirtschaft und aller mit ihr verflochtenen Bereiche der Gesellschaft. Diese sollte auf einer Kombination von gesellschaftlicher Regulierung und Marktregulierung beruhen, die die Einseitigkeiten, Starrheit und Übertreibungen einer allumfassenden zentralistischen Planung ebenso vermeidet wie das absolute, blinde Vertrauen in die Marktkräfte. Dabei kommt es darauf an, negative Effekte beider Regulierungsweisen soweit wie möglich zu vermeiden – etwa durch die Stärkung des Prinzips der Kooperation anstelle von Konkurrenz und durch die Begrenzung einer zentralen Planung auf das Notwendige – und ihre positiven Wirkungen so umfassend wie möglich zu nutzen. Zugleich gilt es, diese gesellschaftliche Regulierung, bei der dem Staat eine wichtige Rolle zukommt, eng mit einer breiten demokratischen Teilhabe der Menschen an Entscheidungen, die ihre Arbeit und ihr Leben betreffen, auf allen Ebenen zu verbinden.

- Eine wirksame Stimulierung und Motivation der Beschäftigten sowie der Unternehmen und Betriebe mit ihrem Management zu einer innovativen und effektiven Herstellung qualitativ guter Gebrauchsgüter und Dienstleistungen in Übereinstimmung mit dem Bedarf und seiner Entwicklung sowie mit den Erfordernissen ökologischer Nachhaltigkeit. Höhere Effizienz darf nicht auf einem stärkeren Arbeitsdruck und erhöhtem Stress beruhen, sondern muss mit guter Arbeit, die die Entfaltung und Nutzung der Fähigkeiten der Individuen fördert, und mit einer Verkürzung der Arbeitszeiten verbunden werden.

Hierfür ist es notwendig, gründlich zu untersuchen, wie Fehlentwicklungen im Staatssozialismus und Entstellungen der sozialistischen Idee – die die Hauptursachen für das Scheitern des sozialistischen Versuchs waren – in Zukunft verhindert werden können. In den realsozialistischen Ländern gab es auch Wirtschafts- sowie Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler, die sich mit den Mängeln der Planwirtschaft kritisch auseinandersetzten, insbesondere mit der zentralistischen Planung und Leitung, die den Betrieben, dem Management und vor allem den Belegschaften völlig unzureichende Möglichkeiten für selbstständiges wirtschaftliches Handeln und für eine wirkliche Mitgestaltung und Partizipation gab. Gegenstand der Kritik war auch die unbefriedigende Nutzung der Kategorien und Instrumente des Markts. Hierzu gehörten u.a. Leonid Iwanowitsch Abalkin (UdSSR), Fritz Behrens (DDR), Oskar Lange (Polen), János Kornai (Ungarn) und Ota Šik (CSSR).

Zugleich sollte gezeigt werden, dass und wie wichtige soziale Errungenschaften des Realsozialismus erhalten und entsprechend den neuen Möglichkeiten und Herausforderungen im 21. Jahrhundert weiterentwickelt werden können. Es müssten vor allem Methoden und Instrumente entwickelt werden, mit denen bisher nicht bewältigte Probleme und Herausforderungen durch eine umfassende Demokratisierung und neue Qualität der Regulierung besser gelöst werden können.

In Bezug auf die weiteren Arbeiten zu Problemen und Bedingungen einer erfolgreichen alternativen Wirtschafts- und Transformations-

politik gilt es, verstärkt die vielen noch offenen Probleme und Fragen in die Untersuchungen und Diskursprozesse einzubeziehen. Hier können nur einige dieser Fragen erwähnt werden: Wie sind die Entwicklungs- und Anpassungsmöglichkeiten des Kapitalismus einzuschätzen? Worin bestehen „Knotenpunkte" für den Übergang von Reformen im Kapitalismus zu einer Transformation in Richtung einer alternativen Gesellschaft zum Kapitalismus? Wie können die auch in einer nichtkapitalistischen Gesellschaft bestehenden Interessenunterschiede zwischen den Belegschaften der Betriebe und der Gesellschaft gelöst werden? Welche Probleme sind für eine sinnvolle Gestaltung der Beziehungen zwischen Marktregulierung und gesellschaftlicher Regulierung zu beachten?

Literatur

Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik, Münster.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2015): MEMORANDUM 2015. 40 Jahre für eine soziale und wirksame Wirtschaftspolitik gegen Massenarbeitslosigkeit, Köln.

Bontrup, Heinz-J. (2013a): Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 5. Auflage, Köln.

Bontrup, Heinz-J. (2013b): Krisenkapitalismus und EU-Verfall, Köln.

Durkheim, Emile (1988): Über soziale Arbeitsteilung, Berlin.

Harvey, David (2015): Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus, Frankfurt am Main.

Honneth, Axel (2015): Die Idee des Sozialismus – Versuch einer Aktualisierung, Berlin.

Huffschmid, Jörg (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg.

Keynes, John Maynard (1930): Wirtschaftliche Möglichkeiten unserer Enkelkinder, in: Reuter, Norbert (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg.

Keynes, John Maynard (1936): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin.
Keynes, John Maynard (1963): Proposals for an International Clearing Union, in: World Monetary Reform, Plans and Issues. Ed. by H.G. Grubel, Stanford (California).
Keynes, John Maynard (2011): Das Ende des Laissez-Faire. Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft, Berlin.
Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg.
Lehndorff, Steffen (Hg.) (2014): Spaltende Integration: der Triumph gescheiterter Ideen in Europa revisited. 10 Länderstudien, Hamburg.
Marx, Karl/Engels, Friedrich (1968): Werke, Bd. 40, Berlin.
Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation, Frankfurt am Main.
Reißig, Rolf (2012): Die „Zweite Große Transformation". Pankower Vorträge 169, Helle Panke, Berlin.
Robinson, Joan (1968): Die fatale politische Ökonomie, Frankfurt am Main.
Schumpeter, Joseph A. (1972): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 3. Auflage, Bern.
Steinitz, Klaus/Walter, Dieter (2014): Plan – Markt – Demokratie. Prognose und langfristige Planung in der DDR – Schlussfolgerungen für morgen, Hamburg.
Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.
Streeck, Wolfgang (2015a): Wie wird der Kapitalismus enden? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S. 99–111.
Streeck, Wolfgang (2015b): Wie wird der Kapitalismus enden? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4, S. 109–120.
Wallerstein, Immanuel/Collins, Randall/Mann, Michael/Derlugian, Georgi/Calhoun, Craig (2014): Stirbt der Kapitalismus? Fünf Szenarien für das 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main.
Weber, Max (2006): Wirtschaft und Gesellschaft, Wien.